

Religion und die Prävention von gewalttätigem Extremismus (PVE)

Fünf Empfehlungen an westliche Regierungen zum religionssensiblen Umgang mit PVE.

Von Owen Frazer und Anaël Jambers

Kernaussagen

1. Die säkulare Kultur politischer Entscheidungsträger im Westen darf dem Dialog mit Vertretern religiöser Standpunkte als Bestandteil von PVE-Strategien nicht im Weg stehen.
2. Kontextspezifische soziale, wirtschaftliche und politische Faktoren beeinflussen gewaltbereite extremistische Gruppen oft mehr als religiös inspirierte Gedanken. Lokal verankerte Analysen sind daher entscheidend.
3. Politische Massnahmen (policies) sollten nicht aufgrund der religiösen Identität auf eine Gruppe abzielen, sondern sich auf deren Handlungen fokussieren.
4. Radikale religiöse Gruppen sollten vom sozialen und politischen Leben nicht ausgeschlossen werden, solange sie keine Gewalt ausüben und das Gesetz achten.
5. Bemühungen, religiösen Grundlagen extremistischer Narrative infrage zu stellen, sollten von glaubwürdigen Fachleuten geleitet werden, nicht von (säkularen) Regierungen.

Die internationale Aufregung hinsichtlich der Prävention und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus (P/CVE) ist seit der Schlussphase der Präsidentschaft Obamas verblast. Die grundlegenden Herausforderungen bestehen jedoch nach wie vor. Programme und politische Massnahmen zu Prävention von gewalttätigem Extremismus werden weiterhin erarbeitet und umgesetzt. Seit mehr als zehn Jahren werden nun Erfahrungen gesammelt und reflektiert; es hat sich eine regelrechte P/CVE-Branche entwickelt und verschiedene Erkenntnisse und Einblicke wurden gewonnen. In Diskussionen über P/CVE hat sich die Beziehung zwischen gewalttätigem Extremismus und Religion sowie deren Auswirkung auf P/CVE als eines der sensibleren Themen herausgestellt. In diesem kurzen Artikel fassen wir fünf wichtige Erkenntnisse zu diesem Thema zusammen, die wir Regierungen und politischen Entscheidungsträgern in Erinnerung rufen möchten.

Religion nicht ignorieren

Der Begriff „gewalttätiger Extremismus“ ist zwar nicht allgemeingültig definiert, wird aber generell auf das Phänomen von Gruppierungen angewendet, die gewalttätige Aktivitäten verfolgen, um eine – oft aufgrund der Exklusion bestimmter Gruppen, Kulturen oder Identitäten – abseits des Mainstreams situierte Ideologie zu verfolgen. P/CVE bildete sich im politischen Kontext nach dem 11. September 2001 vor allem aufgrund der Besorgnis über die Bedrohung heraus, die von gewalttätigen Gruppen mit im Islam begründeter Ideologie auszugehen schien. Von einigen Ausnahmen abgesehen, sind

politische Entscheidungsträger und Kommentatoren heute bemüht, Extremismus nicht als ein Merkmal herauszuheben, das dem Islam oder Religionen allgemein eigen ist. Der Begriff wird verwendet, um verschiedenste Gruppen zu beschreiben, darunter der Islamische Staat, die buddhistische nationalistische Gruppe MaBaTha in Myanmar, rechtsradikale Gruppen in den USA und die IRA in Nordirland. Die Feststellung, dass nicht aller Extremismus religiös ist, sollte uns allerdings nicht dazu verleiten, tatsächlich religiös begründeten Extremismus zu ignorieren. Religion ist ein komplexes Thema, und das Spannungsfeld zwischen Religion und gewalttätigem Extremismus verdient unsere besondere Aufmerksamkeit.

Aufgrund der verbreiteten säkularen Kultur besteht in westlichen politischen Kreisen ein gewisses Unbehagen, die Verknüpfungen zwischen Religion und gewalttätigem Extremismus zu diskutieren. In manchen Fällen beruht dies auf der Befürchtung, durch das Andeuten einer kausalen Verbindung zwischen Religion und gewalttätigem Extremismus Anstoss zu erregen; in anderen wiederum liegt der Grund in der Überzeugung, dass Religion keinen Erklärungswert besitzt und von den üblichen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Erklärungen gewalttätiger Handlungen nur ablenkt. Oft wird die Auffassung vertreten, dass Religion lediglich instrumentalisiert wird und der religiöse Sprachgebrauch gewalttätiger Gruppen schlicht der Mobilisierung dient. Derartige Befürchtungen über einen möglichen falschen Umgang mit der Beziehung zwischen Religion und gewalttätigem Extremismus sind zwar begründet, aber die Lösung liegt nicht darin, Religion zu ignorieren. Ein Verständnis der Attraktivität, Motivationen und Logik gewalttätiger extremistischer Gruppen, die sich einer religiösen Ideologie verschreiben, erfordert eine echte Auseinandersetzung mit deren religiösen Diskursen. Die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus verlangt eine ernsthafte Analyse der politischen und sozialen Forderungen, die in religiöser Sprache zum Ausdruck gebracht oder von religiösen Gedanken inspiriert werden. Eine solche Analyse wiederum ist ohne ein aufrichtiges Bestreben, Gruppen mit religiösem Sprachgebrauch zu verstehen und mit ihnen in Dialog zu treten, nicht möglich. Erst wenn Bereitschaft bekundet wird, sich mit religiös begründeten politischen Programmen auseinanderzusetzen und das Zusammenleben in einem demokratischen Raum zu verhandeln, kann der Einsatz von Gewalt im Namen der Religion delegitimiert werden.

Auf Ausgewogenheit achten

Die Einordnung in homogene Kategorien wie „gewalttätiger Extremismus“ beinhaltet die Gefahr, oft sehr vielschichtige Phänomene zu vereinfachen. Dies wiederum fördert die Tendenz, nach nur einer Ursache oder Erklärung zu suchen, während die Realität natürlich wesentlich komplexer ist. Die treibenden Faktoren von gewalttätigem Extremismus unterscheiden sich in ihrer Konstellation von einem Kontext zum nächsten, von Gruppe zu Gruppe und von einem Individuum zum anderen. Das Herausgreifen der dschihadistischen Ideologie als gemeinsamer Nenner verschiedener Attacken von Frankreich über Mali bis Syrien sowie die Auffassung solcher Attacken als Teil desselben Phänomens birgt die Gefahr der Überbewertung der Rolle islamistischen Gedankenguts und der Unterbewertung der Rolle kontextspezifischer sozialer, politischer und wirtschaftlicher Faktoren.

Wie andere Glaubenssysteme schaffen auch Religionen einen Rahmen für das Verständnis der Welt und des Handelns in ihr. Sie können identitätsstiftend wirken, eine Sprache bereitstellen, in der sich Missstände ausdrücken und Handlungen legitimieren lassen, und soziale und politische Auffassungen davon begründen, wie die Dinge sein sollten. Wir müssen uns jedoch davor hüten, Religion als direkten Weg zum Verständnis der Ideologie einer bestimmten Gruppe zu verwenden. Religionen sind stets mehrfachen orts- und zeitabhängigen Interpretationen zugänglich. Hierfür ist auch die Vielfalt christlicher Konfessionen ein Beispiel: Man denke an die unterschiedlichen religiösen Anschauungen und Gebräuche amerikanischer Amish-, nigerianischer Pfingstkirchen- und griechisch-orthodoxer Glaubensgemeinschaften. Selbstverständlich verlangt das Verständnis religiös begründeter Ideologien ein Verständnis der jeweiligen Religionen, aber die betreffenden Interpretationen werden selbst innerhalb von Glaubensgemeinschaften unweigerlich angefochten.

Sicherlich geben Religionen Gruppen einen Rahmen, innerhalb dessen sie ihre politischen Agenden entwickeln können. Klar befürworten und vertreten gewisse Gruppierungen religiös inspiriertes „extremes“ Gedankengut, deren Umsetzung eine ihrer Motivationen ist. Und sicher müssen diese Gedanken manchmal infrage gestellt werden. Eine Überbetonung der Rolle des religiös inspirierten Gedankenguts verschleiert jedoch möglicherweise die wichtigen Rollen, die andere Faktoren spielen. Schliesslich beinhaltet das politische Programm der meisten Gruppen auch die Beseitigung von Missständen wie Ungerechtigkeit, Korruption, wirtschaftliche Ungleichheit und politische Diskriminierung. Dies erklärt, warum so viele Rekruten derartiger Gruppen keine religiösen Eiferer sind, sondern häufig Menschen, die lediglich nach einem Weg suchen, um ihrer Marginalisierung in der Gesamtgesellschaft zu begegnen.¹ Gewalttätiger Extremismus muss daher innerhalb der spezifischen sozialen und politischen Kontexte analysiert werden, in denen er auftritt, sodass P/CVE-Programme ausgewogen auf ideologische und strukturelle Faktoren eingehen.

Verknüpfungen religiöser Identitäten mit Gewalt vermeiden

P/CVE-Politiken und -Programme geraten regelmässig in Schwierigkeiten, wenn sie religiöse Identitäten direkt mit Gewalt in Verbindung bringen. Das britische PREVENT-Programm und US-amerikanische CVE-Policies zum Beispiel wurden wegen ihrer Stigmatisierung und Marginalisierung muslimischer Bürgerinnen und Bürger stark kritisiert, und US-Präsident Trumps Einreiseverbote für Angehörige verschiedener mehrheitlich muslimischer Staaten sowie der anhaltende Fluss amerikanischer CVE-Gelder in Programme, die auf muslimische Gemeinschaften abzielen, legen nahe, dass manche politische Entscheidungsträger auch weiterhin von dieser falschen Assoziation zwischen Islam und Gewalt beeinflusst werden.² Die Abzielung auf Einzelpersonen oder Gemeinschaften auf der Grundlage ihrer Religion verletzt nicht nur das demokratische Prinzip der Religions- und Glaubensfreiheit. Solche Politiken spielen auch in die Hand von Gruppen wie dem Islamischen Staat, da sie deren Behauptung bekräftigen, dass sich der Westen mit dem Islam im Krieg befindet und westliche Regierungen heuchlerisch liberale Werte predigen, gleichzeitig in ihren eigenen Ländern aber gegen Muslime diskriminieren.

Während viele politische Entscheidungsträger eine kausale Verbindung zwischen Islam und Gewalt verneinen, sympathisieren manche von ihnen mit einer nuancierteren Version desselben Arguments. Sie machen nicht den Islam verantwortlich, sondern den Salafismus, und argumentieren, dass die Texte und Doktrinen dieser Strömung des sunnitischen Islams ihre Anhänger besonders anfällig für Gewalt machen. Dieses Argument ignoriert jedoch die Vielfalt gewaltbereiter, nicht gewaltbereiter und apolitischer salafistischer Gruppen weltweit. Ähnlich verkennen diejenigen, die den Salafismus verurteilen, den Sufismus aber als wünschenswerte Alternative fördern, dass einige der härtesten Kritiker von Gruppierungen wie dem Islamischen Staat Salafisten sind, während viele bewaffnete Gruppen ihren Kampf unter Bezugnahme auf den Sufismus rechtfertigen.³

Politische Entscheidungsträger sollten sich von der Vorstellung lossagen, dass sich gewalttätiges Verhalten aufgrund von Religionszugehörigkeit vorhersagen lässt. Vorstellungen, dass bestimmte Strömungen einer Religion notwendigerweise gewaltbereiter oder friedlicher sind als andere, übersehen, dass die Geschichte voll von Beispielen gewalttätiger wie auch gewaltfreier sozialer Veränderungsbewegungen aus allen religiösen Traditionen ist. Da dieselben religiösen Lehren verschiedentlich ausgelegt werden können, eignen sie sich nicht als zuverlässiger Anhaltspunkt für Verhaltensweisen. Urteile über soziale und politische Gruppen sollten sich auf deren Aussagen und Handlungen stützen, nicht auf ihre Identitäten.

Religiöse Standpunkte einbinden

Nicht immer befassen sich Diskussionen um P/CVE mit gewalttätigem religiösem Extremismus, sondern auch mit religiösem Extremismus im Allgemeinen. Dieser wird als religiös inspirierte Ideologie aufgefasst, die Ansichten verkörpert, die weit abseits des gesellschaftlichen Mainstreams liegen oder die im radikalen Gegensatz zum Status quo stehen. Diese Diskussionen beruhen auf drei Bedenken:

Erstens sieht man religiösen Extremismus als Sicherheitsproblem, da man befürchtet, dass nicht-gewaltbereite extremistische Gruppen als „Förderband“ oder Sprungbrett fungieren könnten, d.h. dass sich manche ihrer Mitglieder in einem zweiten Schritt gewaltbereiten Gruppen mit ähnlichen Ideologien anschließen. Zweitens besteht die Sorge, dass extremistische religiöse Gruppen den sozialen Zusammenhalt bedrohen, indem sie Vorstellungen und Konzepte fördern, die gesellschaftlichen Werten entgegenstehen. In westlichen Gesellschaften findet dies oft in der Angst Ausdruck, dass nicht-gewaltbereite extremistische Gruppen liberale, demokratische und säkulare Werte bedrohen. Drittens beunruhigt, dass sich Gruppen eventuell religiöser Argumente bedienen könnten, um den Widerstand gegen den Status quo zu popularisieren und dadurch amtierende Regierungen zu bedrohen. Autoritäre Regierungen, die sich von bestimmten religiösen oder politischen Oppositionsgruppen bedroht fühlen, berufen sich besonders gern auf das Etikett des Extremismus sowie auf P/CVE- und Anti-Terror-Diskurse allgemein, um solche Gruppen zu unterdrücken.⁴

Alle drei der oben angeführten Bedenken können die Etablierung von politischen Massnahmen und Richtlinien unterstützen, die den Handlungsspielraum der als extrem wahrgenommenen Gruppen marginalisieren oder einschränken sollen. Für Länder mit liberal-demokratischen Werten lässt sich ein

derartiger Ansatz jedoch nicht rechtfertigen. Die „Förderband“-Theorie ist umstritten. Solange nicht belegt ist, dass Gruppen an gewalttätigen Aktionen beteiligt sind, lässt sich eine Einschränkung ihrer Aktivitäten aus Sicherheitsgründen nicht mit der Versammlungs-, Glaubens- und Meinungsfreiheit vereinbaren. Der UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit fühlte sich dieses Jahr genötigt, Staaten daran zu erinnern, dass „nationale Sicherheit“ nicht als Grundlage für die Einschränkung der freien Ausübung von Religion oder Glauben herangezogen werden darf.⁵ Den Bedenken über Bedrohungen des sozialen Zusammenhalts muss man selbstverständlich begegnen und Befürchtungen, dass Gruppen amtierende Regierungen destabilisieren möchten, können natürlich begründet sein. Allerdings müssen entsprechende Reaktionen bestrebt sein, die Gruppierungen nicht zu exkludieren, sondern sie einzubinden und eine Diskussion zu suchen. Liberal-demokratische Gesellschaften müssen ihren Werten treu bleiben und demokratische Grundsätze sowohl im In- als auch im Ausland aufrechterhalten. Die Demokratie ist im Wesentlichen ein System, um unterschiedliche Auffassungen in einer Gesellschaft zu managen. Der Demokratie geht es nicht darum, die grundlegenden Anschauungen Einzelner zu verändern, sondern darum, durch den Dialog Möglichkeiten des Zusammenlebens von Gruppen mit verschiedenen Auffassungen zu finden, ohne dass Parallelgesellschaften entstehen. Jeder sollte – unabhängig von seiner Religionszugehörigkeit oder der „Radikalität“ seiner Anschauungen – die Möglichkeit der Teilhabe am sozialen und politischen Leben haben. Selbstverständlich bedeutet dies nicht, dass alles erlaubt sein sollte. Gesetze, die verabschiedet wurden, um die gleichberechtigte Teilhabe aller Gruppen an der Gesellschaft zu gewährleisten, müssen aufrechterhalten werden, und Gruppen, die zu gewalttätigen Aktionen aufrufen, solche begehen oder auf andere Weise ausserhalb der Legalität handeln und dadurch die Freiheit anderer einschränken, sind zur Rechenschaft zu ziehen. Regierungen und Gesellschaften müssen sich dem Wunsch widersetzen, das religiös „Andere“ einzugrenzen, und sollten vielmehr seine Einbindung suchen.

Theologische Interpretationen den Fachleuten überlassen

Beim Umgang mit Gruppen, die zu gewalttätigen Aktionen aufrufen oder diese begehen, haben rechtliche Sanktionen ihre Grenzen, und daher werden auch beträchtliche Bemühungen unternommen, die von gewaltbereiten extremistischen Gruppen verwendeten religiösen Narrative anzufechten. Diese Aktivitäten sind wichtig, aber entsprechende Programme laufen in die falsche Richtung, wenn sie Regierungen und politische Führungspersonlichkeiten zu ihren Botschaftern machen. Regierungen sollten Narrative infrage stellen, die sie für extrem halten, aber nicht indem sie theologisch Position ergreifen, sondern indem sie auf der Grundlage der zentralen Werte argumentieren, auf denen ihre Gesellschaften aufbauen und die sie legitim erörtern können. Schliesslich haben liberal-demokratische Staaten ihre zentralen Werte, einschliesslich der Grundsätze der Nichtdiskriminierung, der Meinungs-, Religions- und Glaubensfreiheit, des Respekts für das Völkerrecht und der integrativen politischen Teilhabe aller Gruppen, gesetzlich verankert, und diese Werte sollten daher die Grundlage aller Argumente bilden.

Regierungen können den religiösen Narrativen extremistischer Gruppen auf religiöser Grundlage nicht glaubwürdig begegnen. Nicht nur werden ihre Politiken oft als Teil des Problems aufgefasst, sondern es mangelt ihnen auch an religiöser Legitimität. Präsident Obamas Verurteilung des Islamischen Staats als „unislamisch“ hatte bei potenziellen Sympathisanten der Gruppe zweifellos wenig Gewicht. Da Diskussionen über Interpretationen religionsintern sind, besitzen säkulare Staaten weder die Kompetenz noch die Glaubwürdigkeit, um sich in sie einzubringen.⁶ Die Infragestellung religiöser Narrative gewaltbereiter Extremisten sollte denjenigen überlassen werden, die über den entsprechenden religiösen Sachverstand und bei den jeweiligen Adressaten über den gebotenen Einfluss verfügen. Ihnen sollte Platz eingeräumt werden, dies auf ihre eigene Weise zu tun, auch durch Kritik an staatlichen Massnahmen. In den Augen derer mit dem grössten Risiko, einer gewaltbereiten Gruppe beizutreten, führt die Wahrnehmung, dass ihre Gesprächspartner nichts weiter als Sprachrohre der Regierung sind, nur zur Delegitimierung.

Schlussfolgerung

Die Beziehung zwischen Religion und gewalttätigem Extremismus ist ein sensibles Thema, aber auch eines, das Regierungen nicht ignorieren können oder dürfen. Sie müssen vielmehr weiterhin analysieren, warum und inwiefern diese Beziehung wichtig ist. Andernfalls besteht das Risiko diskriminierender Politiken, die das Problem nur verschärft. Die wirkungsvollsten Instrumente westlicher Regierungen zur Prävention von gewalttätigem Extremismus sind die liberal-demokratischen Grundsätze, auf denen sie aufbauen. Die Grundlage für einen effektiven, prinzipienorientierten Ansatz für die Prävention von gewalttätigem Extremismus besteht darin, diese Grundsätze im In- wie auch im Ausland konsequent anzuwenden und diejenigen in die Pflicht zu nehmen, die dies versäumen. Entsprechende Bemühungen müssen einen nuancierten Ansatz für die Förderung integrativer Politiken beinhalten, der religiösen Stimmen Raum gibt, die Entwicklung von Parallelgesellschaften vermeidet und sich damit auseinandersetzt, wie nationale Identitäten so aufgebaut werden können, dass sie für die konstruktive Integration von Akteuren und Kulturen ausserhalb des Mainstreams Platz lassen.

Weiterführende Literatur

Engaging Religion and Religious Actors in Countering Violent Extremism *Peter Mandaville und Melissa Nozell, United States Institute of Peace, 30. August 2017*

Ein hervorragender Bericht zum selben Thema, der näher auf die Arbeit mit religiösen Akteuren eingeht.

Addressing Extremism and Violence: The Importance of Terminology

Abbas Aroua, Cordoba Foundation of Geneva, Januar 2018

Eine klare Analyse der in P/CVE-Diskussionen verwendeten Terminologie.

Who Are the New Jihadis? *Olivier Roy, The Guardian, 13. April 2017* Ein Artikel über die Hintergründe und Motivationen europäischer dschihadistischer Extremisten.

Ausgewählte Quellen

1. Luca Rainieri, „If Victims Become Perpetrators: Factors Contributing to Vulnerability and Resilience to Violent Extremism in the Central Sahel“ (London: International Alert, Juni 2018), [https:// www.international-alert.org/publications/if-victims-become-perpetrators-violent-extremism-sahel](https://www.international-alert.org/publications/if-victims-become-perpetrators-violent-extremism-sahel).
2. Faiza Patel, Andrew Lindsay, und Sophia DenUyl, „Countering Violent Extremism in the Trump Era“, Brennan Center for Justice at New York University School of Law, 15. Juni 2018, <https://www.brennancenter.org/analysis/countering-violent-extremism-trump-era>.
3. Mark Woodward, Muhammad Sani Umar, Inayah Rohmaniyah und Mariani Yahya, „Salafi Violence and Sufi Tolerance? Rethinking Conventional Wisdom“, *Perspectives on Terrorism* 7, Nr. 6 (2013): 58–78.
4. Annelle Sheline, „Middle East Regimes Are Using ‘Moderate’ Islam to Stay in Power“, *Washington Post*, 3. Januar 2017, sec. Monkey Cage Blog, <https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2017/03/01/middle-east-regimes-are-using-moderate-islam-to-stay-in-power>.
5. UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit, „Report of the Special Rapporteur on Freedom of Religion and Belief“, überarbeitete Vorabversion, UN-Menschenrechtsrat (Genf, 28. Februar 2018), Para. 45, <https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Religion/AHRC3749EN.docx>.
6. Peter Mandaville, „The Future of Religion and U.S. Foreign Policy under Trump“ (Brookings Institution, 3. Juli 2017), <https://www.brookings.edu/research/the-future-of-religion-and-u-s-foreign-policy-under-trump>.

Owen Frazer ist Senior Program Officer im Programm „Kultur und Religion in Mediation“ des Center for Security Studies der ETH Zürich.

Anaël Jambers ist die ehemalige Programmleiterin im Aktivitätsbereich „Religion, Politik, Konflikt“ des eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten.

Die in diesem Artikel vertretenen Ansichten geben die Auffassungen der Autoren wieder und stellen keinen institutionellen Standpunkt dar.